

einem inneren Bedürfnis folgend einen Versuch unternehmen, den tiefen Abgrund der Trauer, Angst und des Mißtrauens zu überbrücken, der uns von dem deutschen Volk trennt, macht ihnen hohe Ehre. . . . Den Studenten ging es nicht um eine schöne Geste, sie wollen praktisch helfen und arbeiten. Sie sehen in ihrem Brief nur einen Anfang.

An die Jüdische Gemeinde in Berlin

Die Evangelische Studentengemeinde an der Technischen Universität Berlin möchte der Jüdischen Gemeinde in Berlin sagen, daß sie sich hinter die Erklärung der deutschen evangelischen Synode in Berlin-Weißensee vom 27. April 1950 stellt.

Wir möchten versuchen, die Verantwortung zu tragen, die durch die Vergangenheit auch auf uns gefallen ist, und unseren Willen durch folgende praktische Vorschläge zum Ausdruck bringen:

1. Wenn wieder Friedhofsschändungen vorkommen, werden einige unserer Kommilitonen bei der Wiederherstellung helfen. Bitte teilen Sie uns mit, wo wir uns in solchen Fällen zu melden haben.

2. Unser studentischer Chor würde gern im jüdischen Krankenhaus singen.

3. Wir möchten diesem oder jenem jüdischen Kommilitonen materielle Unterstützung zukommen lassen und bitten Sie, uns einen oder mehrere Studenten an der Technischen Universität, der Hochschule für Musik oder der Hochschule für bildende Künste zu nennen.

In der Hoffnung, daß Sie diese geringen Vorschläge annehmen können, bitten wir Sie freundlichst um Nachricht und um Anregungen für bessere Pläne.

gez. Lehrecke, 1. Vertrauensstudent

gez. Temming, 1. Vertrauensstudentin.

An die Jüdische Gemeinde in Berlin

Wir evangelischen Studenten der Humboldt-Universität haben uns in diesem Jahr mit dem Römerbrief beschäftigt. Beim Lesen der Kapitel 9—11 mußten wir uns eingestehen, daß unser Verhalten den Juden gegenüber bisher sehr passiv gewesen ist und unserer Ablehnung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht Rechnung getragen hat. Das Wort, das die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage Israel ergehen ließ, ermutigte uns in unserem Vorsatz, etwas zu tun.

Wir wenden uns nun an Sie mit der Bitte, uns die Möglichkeit zu geben, etwas zu verwirklichen. Könnten wir vielleicht einen im Ostsektor wohnenden Studenten aus Ihrer Gemeinde, der sich in Not befindet, in irgendeiner Weise unterstützen? Im Falle neuer Grabschändungen auf Ihren Friedhöfen bitten wir Sie, uns davon in Kenntnis zu setzen, damit wir die Instandsetzung übernehmen oder doch dabei mithelfen.

Es würde uns freuen, wenn Sie unser Anliegen recht aufnehmen, als einen kleinen Versuch, begangenes Unrecht wieder gutzumachen und einen Weg zueinander zu finden. Es grüßt Sie

Die Evangelische Studentengemeinde an der Humboldt-Universität:

gez. Harm; Fritze.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ 5 [Düsseldorf, 7. 7. 50] 13, S. 12)

8j) Die Deutsche Presse-Agentur zum Antisemitismus

Die Deutsche Presse-Agentur Hamburg erließ vom 15. April 1950 das folgende Schreiben:

In zunehmendem Umfang haben wir im Rahmen unseres Nachrichtendienstes leider darüber zu berichten, daß antisemitische Kundgebungen stattgefunden haben oder Äußerungen getan wurden, die geeignet sind, diese furchtbarste Seuche weiter zu verbreiten, die die abendländische Kultur vernichten muß, wenn sie die Herrschaft gewinnt. Ich bitte alle Redakteure und Mitarbeiter der dpa, auf das peinlichste darauf zu achten, daß jede Nachricht und jeder Bericht, der eine antisemitische Kundgebung wiedergibt, unter allen Umständen so abgefaßt werden, daß die Tatsache der Berichterstattung klar und unzweideutig zu erkennen ist, so daß nicht uns — der dpa — solche Kundgebungen unterschoben werden können, über die wir pflichtgemäß melden.

So sehr wir darauf bedacht sein und bleiben wollen, genau zu berichten und nichts zu verschweigen, was im Interesse der objektiven Unterrichtung der Öffentlichkeit ausgesagt werden muß, so sehr wollen wir doch im Einzelfall prüfen, ob es nicht besser ist, die eine oder andere antisemitische Kundgebung nicht zu melden. Ich weiß, daß eine solche Anregung dem Vorwurf ausgesetzt sein kann, wir beachteten, den Kopf in den Sand zu stecken oder gar eine unheilvolle Entwicklung zu verbergen. Das darf niemals das Motiv sein, wenn wir uns nach Abwägen aller Umstände im besonderen Fall sagen, es sei nicht wichtig genug, nicht zur objektiven Darstellung nötig, über diese oder jene Äußerung zu berichten. Denn wir müssen uns vergegenwärtigen, daß jeder Bericht dieser Art unzufriedene, ungebildete, unmoralische und verbrecherische Menschen zu ähnlichen Demonstrationen des Widerspruches aufreizt.

Ganz besonders mache ich es aber allen Redakteuren der dpa zur Pflicht, bei den von uns bearbeiteten Nachrichten und Beiträgen aller Art in allen Diensten genauestens darauf zu achten, daß wir jede antisemitisch zu deutende Wendung vermeiden. Es gibt keinen „jüdischen Dieb“, wie es auch keinen „polnischen Mörder“ oder „germanischen Banditen“ oder „deutschen Verbrecher“ oder welche Verbindung sonst möglich ist, gibt. Es gibt in allen Völkern und Rassen asoziale Elemente und Außenseiter, und das Hinzufügen des „jüdischen“ ist völlig sinnlos, aber tendenziös. Wer etwa von „jüdischen Schwarzhändlern“ spricht, wenn unter einer Gruppe verhafteter Schwarzhändler auch einige Juden waren, der verstößt bereits gegen die Pflicht zu wahrhafter Berichterstattung und muß schon aus diesem Grunde eine Zurechtweisung erwarten. Da ich aber unter keinen Umständen auch nur die leiseste antisemitische Bemerkung oder Haltung bei einem Angehörigen der Redaktion der dpa dulden werde, weil sie der Moral, dem Berufsethos des Journalisten, dem Statut der Deutschen Presse-Agentur und dem Grundgesetz der Bundesrepublik widersprechen würde, hat jeder Angehörige der dpa in jedem Falle einer auch nur fahrlässigen antisemitischen Äußerung damit zu rechnen, daß ich seine sofortige fristlose Entlassung verlangen werde. Ich bin sicher, daß wir in unserer Redaktion weder in der Zentrale noch in den dreißig Außenbüros oder unter den zwölf Korrespondenten der dpa im Ausland, noch unter unseren freien Mitarbeitern Journalisten haben, die dieser Mahnung bedürfen. Leider zeigen aber Ereignisse, über die wir laufend berichten (Harlan-Prozeß in Hamburg etwa), daß der Antisemitismus uns sich greift. Ich wollte sie aufmerksam machen, daß Sie sich selbst gegen das schleichende Gift wehren können. Wer immer aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus zugreift, wird sicher sein können, daß er von der dpa deswegen nicht behindert werden wird.

Mit kollegialem Gruß!

gez. Fritz Säger, Chefredakteur.

8k) Die Juden in Norwegen

Die norwegische Regierung hat als Sympathiebeweis für das jüdische Volk 1947 500 jüdische Flüchtlinge aufgefordert, sich in Norwegen niederzulassen. Dies geschah, nachdem durch Krieg und die nationalsozialistische Besetzung 1000 norwegische Juden ermordet waren und die jüdische Gemeinschaft zerstört war. Nach der Befreiung waren 500 Juden nach Norwegen zurückgekehrt. „Der Weg“ berichtet hierzu:

„... Jedoch fanden die meisten von ihnen weder Familie noch ihr Eigentum vor. Das neue Leben für sie war nicht einfach, denn die Bedingungen waren beträchtlich geändert. Die Nazis und Quislinge hatten ihre Arbeit gut getan, und der Antisemitismus war wieder im Entstehen. Aber sowohl die Regierung als auch die Intellektuellen des Landes leisteten den Juden wirklichen Beistand. Nach und nach wurden die Gemeindeaktivitäten wieder aufgenommen, wobei die erste Aufgabe die Wiederbelebung des religiösen Lebens war. Gemeindesteuern wurden zu diesem Zweck von 2 auf 3% der Einkommensteuer jedes einzelnen Mitglieds erhöht und schließlich waren Synagogen das Gemeindezentrum, Kinderheime und andere Institutionen wieder hergestellt. Es war ein glücklicher

Tag, als bei der Einweihungszeremonie der Kronprinz Olav zum erstenmal in der Geschichte der norwegischen Juden die Synagoge betrat. Inzwischen hat die Gemeinde Dr. Salomon Aronson als Oberrabbiner ernannt."

Von norwegischer Seite wird uns durch Ole F. Olden berichtet, der von der norwegischen Regierung aufgefordert wurde, die Unterrichtsarbeit und die Wohlfahrtspflege zu leiten und daher Kenntnisse als Augenzeuge besitzt:

„Noch ist die Wohnungsnot in ganz Norwegen groß, da noch viele unter ungünstigen Wohnungsverhältnissen leben. Langsam wird es besser. Nicht alles ist glatt verlaufen. Es waren ja unter den Einwanderern auch einige, die sich nicht ohne weiteres zurechtfinden konnten, und auch ergaben sich verschiedene Schwierigkeiten unter den Norwegern selbst, was die Anpassung erschwert hat. Aber im Großen und Ganzen kann man sagen, daß es gut gegangen ist, in den meisten Fällen sogar sehr gut.

Ferner sind noch zwei andere Tatsachen zu erwähnen: Die eine ist der Empfang von jüdischen Kindern aus verschiedenen Ländern, z. B. hauptsächlich aus Tunis. Dies sind erholungsbedürftige Kinder, deren Eltern nach Palästina auswandern wollen. Soviel ich weiß, bleiben sie gewöhnlich ca. 6 Monate. Bekannt durch die Weltpresse ist das Unglück mit dem Flugzeug, bei dem nur ein einziges Kind Isaac Allal gerettet wurde. Anlässlich dieses Unglücks hat Norwegen eine große Geldsammlung veranstaltet und zwar, um ein ganzes jüdisches „Kibbutz“ mit norwegischen Häusern zu versorgen."

Im vergangenen Oktober hat Norwegen als Gäste des norwegischen Volkes 100 blinde DP's aufgenommen. Schweden hat sich bereit erklärt, 150 Tbc-krankte DP's und 150 ihrer Angehörigen aufzunehmen.

81) Das Ende des UNO-Staates Jerusalem

Als der Treuhandschaftsrat der Uno im Genfer Palais des Nations am 4. April 1950 das Statut für die *Internationalisierung* Jerusalems und Umgebung mit den Stimmen Argentiniens, Australiens, Belgiens, der Dominikanischen Republik, Chinas, Frankreichs, Iraks, Neuseelands und der Philippinischen Republik ohne offene Opposition, aber mit zwei bedeutsamen Stimmenthaltungen, nämlich Großbritanniens und der USA angenommen hatte, erhob sich die Frage der Verwirklichung des geplanten UNO-Staates Jerusalem. Denn der Treuhandschaftsrat war ja von der Generalversammlung der UNO am 9. Dezember 1949 nicht nur mit der Ausarbeitung der Verfassung dieses zukünftigen internationalen Gebildes, sondern auch dessen praktischer Durchsetzung gegen allfällige Widerstände betraut worden. Und im Lauf der Genfer Beratungen hatten die beiden Besatzungsmächte von Jerusalem, Jordanien und Israel, keinen Zweifel darüber walten lassen, daß sie mit diesem Statut nichts zu tun haben wollten. Als man nun in die Phase der Ausführung trat, verstärkte sich die Atmosphäre des Skeptizismus, die den Ratsaal während Wochen erfüllt hatte, wiederum mächtig. Es kam zu einem Kompromiß zwischen den Freunden des UNO-Staates, seinen offenen und versteckten Gegnern. In einer vorsichtigen Resolution wurde der Präsident des Treuhandschaftsrates, der französische Diplomat Garreau, von diesem beauftragt, den Text des Statuts von Jerusalem den Regierungen von Tel-Aviv und Amman zur Kenntnis zu bringen und sie zu ersuchen, an der Verwirklichung des UNO-Staates von Jerusalem mitzuwirken. In der nächsten Session des Treuhandschaftsrates sollte dann Garreau seinen Kollegen über den Erfolg seiner Bemühungen Bericht erstatten ...

Kaum hatten die Väter der Verfassung des zukünftigen UNO-Staates Jerusalem Genf den Rücken gewandt, als sich der politische Hintergrund des Problems wieder einmal wandelte. Am 17. April teilte der ständige Vertreter der Sowjetunion bei der UNO, Yakow A. Malik, dem Generalsekretär der UNO mit, daß die Regierung der Sowjetunion der Resolution der Generalversammlung vom 9. Dezember 1949 nicht mehr ihre Unterstützung gewähren könne, da die von ihr bezweckte Gründung eines UNO-Staates Jerusalem weder die arabische noch die jüdische Bevölkerung sowohl Jerusalems wie ganz Palästinas befriedige. Damit war der Staatenblock vom 9. Dezember

1949, der den Treuhandschaftsrat mit seiner schwierigen Aufgabe betraut hatte, von Moskau *torpediert* worden: Dies löste in Tel-Aviv und in Amman natürlich Genugtuung aus, und die Zukunft sollte nun zeigen, ob die mohammedanischen und katholischen Länder allein, unter denen sich nur noch eine Großmacht befand, nämlich Frankreich, der Aktion Garreaus das so sehr benötigte Gewicht und Prestige verleihen könnten.

Als zu Beginn des Monats Juni der Treuhandschaftsrat das Problem Jerusalem wieder aufgriff, stand er vor einem Scherbenhaufen. Roger Garreau konnte nur gestehen, daß seine Mission, die „volle Mitarbeit“ Israels und Jordaniens zur Durchführung des UNO-Staates Jerusalem zu erlangen, mit einem *Fiasko* geendigt hatte. Garreau hatte die Absicht gehabt, persönlich nach Tel-Aviv und Amman zu reisen, um dort die nähern Modalitäten dieser „Mitarbeit“ zu besprechen. Bitter klagte Garreau darüber, daß sich die Regierung des Haschemitischen Königreiches selbst geweigert habe, mit dem Präsidenten des UNO-Treuhandschaftsrates zu konferieren. Deshalb verzichtete Garreau auch auf den Besuch in Tel-Aviv. Garreau gab der Hoffnung Ausdruck, daß vielleicht eine „Kompromißlösung“ zum Schutz der heiligen Stätten in Jerusalem gefunden werden könne; von einer Erzwingung des Statuts war bei ihm nicht mehr die Rede.

Gleichzeitig mit der formellen Ablehnung des in Genf ausgearbeiteten Statuts hatte Tel-Aviv zu einem neuen diplomatischen Vorstoß ausgeholt. Die Regierung von Israel erklärte sich einverstanden mit einem von der Generalversammlung der UNO erlassenen Statut, durch welches die Aufrechterhaltung der *heiligen Stätten* in Jerusalem, der Zugang zu ihnen, die Rechte der verschiedenen Religionsgemeinschaften an ihnen, etc. unter den Schutz eines *UNO-Organs*, einer Art „Kurator“ dieser heiligen Stätten gestellt werde: dieses Statut sollte auf dem Willen der UNO-Versammlung und nicht etwa vertraglichen Abmachungen mit den interessierten Staaten — wie das früher schon vorgeschlagen worden war — basieren. Allerdings setzte dieses Regime auch voraus, daß neben Israel auch Jordanien ihm die Zustimmung erteile. Hier erhebt sich nun eine Schwierigkeit. Denn die mehr als 30 anerkannten heiligen Stätten Jerusalems liegen mit Ausnahme von zweien *innerhalb* der *Jordanischen Besatzungszone*, also in der Jerusalemer Altstadt und deren Umgebung. Und Jordanien hat stets eine internationale Kontrolle abgelehnt. Auf noch größeren jordanischen Widerstand würde wohl ein Alternativvorschlag Tel-Aviv stoßen, der die Errichtung eines internationalen Regimes anregt, das 1½ Quadratmeilen innerhalb der Altstadt von Jerusalem und deren unmittelbarer Umgebung umfassen würde: eine territoriale Hypothek, die fast ausschließlich von Jordanien zu tragen wäre.

Zur Verhandlung kam dieser Vorschlag von Israel im Treuhandschaftsrat allerdings nicht; dieser ist seiner Linie, sich nur mit dem Mandat der UNO-Versammlung, also der Errichtung eines UNO-Territoriums in Jerusalem und Umgebung in dem vollen Umfang der Resolution vom 9. Dezember 1949 zu befassen, treu geblieben. Aber am 14. Juni beschloß der Treuhandschaftsrat mit 9 Stimmen gegen 1 (Irak) und der Enthaltung der Philippinen, den Mißerfolg seiner Bemühungen zur Internationalisierung Jerusalems festzustellen und das ganze Problem wieder der UNO-Versammlung zu weiterem Studium zu überweisen.

Der Bericht des Treuhandschaftsrates an die Versammlung der UNO weist trotz der Opposition der Delegation des Iraks auf den Vorschlag der israelischen Regierung hin über ein UNO-Regime für die heiligen Stätten. Es wird sich an der nächsten UNO-Versammlung nun erweisen, ob angesichts der Schwierigkeiten der Errichtung eines UNO-Staates mit territorialen Herrschaftsbefugnissen, über Jerusalem und Umgebung diese bedeutend bescheidenere Formel einer UNO-Aufsicht über die heiligen Stätten mehr Chancen hat als dies früher der Fall war. Am 9. Dezember 1949 traten in der UNO-Versammlung 37 Staaten für diesen UNO-Staat ein; 14 stimmten dagegen und 7 enthielten sich der Stimme. Selbst wenn die Sowjetunion mit ihren Satelliten — sofern überhaupt diese Staaten im nächsten Herbst in Lake Success anwesend sein würden — in das